

Auszug - Aus dem von U. Sander 1999 herausgegebenem Buch

„Kurt Bachmann - Wir müssen Vorkämpfer der Menschenrechte sein“ Reden und Schriften, Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn

Deutschland driftet - Ein Gespräch mit Kurt Bachmann (1909-1997)

Neonazismus und Rassismus werden von Tag zu Tag ein gewichtigeres Problem der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland. Der VVN-BdA-Pressedienst sprach darüber mit Kurt Bachmann, dem Vorsitzenden der DKP in den ersten Jahren nach ihrer Konstituierung und ehemals Mitglied des Präsidiums der VVN/Bund der Antifaschisten.

Deutschland driftet ganz nach rechts. So stellt ein CDU-Abgeordneter es in einem neuen Buch fest. Daß das stimmt, kann keiner übersehen. Aber woran oder an wem liegt das? Kurt Bachmann: Die Konservativen liefern Handwerkszeug für den Neofaschismus. Als Generalsekretär der CDU hatte Herr Rühle, inzwischen Verteidigungsminister, ein umfassendes Rundschreiben verschickt. Jetzt steht die Asylfrage auf der Tagesordnung. Und dies wurde bis in die letzten Dörfer dann als Ausländerfrage praktiziert. Und der Erfolg war bei Türken brannten Häuser - eine direkte Folge dieser Aufmunterung der Rechten für die Ultrarechten und dieser Preisgabe eines Grundrechtes aus der Französischen Revolution, nämlich des Rechts auf politisches Asyl. Das war nach 1945 ins Grundgesetz geschrieben worden.

Gibt es nicht Vorläufer des heutigen Zusammengehens, des aufeinander Zuehens von konservativen und neofaschistischen Kräften in der Geschichte?

Kurt Bachmann: Das hat immer wieder stattgefunden. Das Entscheidende ist, daß der Faschismus als Bewegung sehr variabel sein kann in den verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten. Er wird von den konservativen herrschenden Kräften jeweils als Trumpf in der Hinterhand gehalten. Man bedient sich dieser Leute bei Bedarf. Sie sind keineswegs immer selbst Teile des Finanz- und Monopolkapitals, aber der Tendenz nach dessen Werkzeug.

Der Faschismus hatte ja auch eigentlich keine eigene Ideologie, sondern war immer ein Mischmasch, war die Zusammenfassung aller reaktionären Theorien und Ideologien. Was in konservativen Quellen schon vorgedacht wurde, hat dann die reaktionärste Variante terroristisch praktiziert.

Kurt Bachmann: Die Themen, die wir getrennt untersuchen sollten, sind Faschismus als Bewegung und Faschismus an der Macht. Dann tritt hervor, wie das jeweils historisch gewesen ist. Dann kann man mit der Zukunft und der Gegenwart besser umgehen.

Faschismus als Bewegung haben wir heute wieder.

Kurt Bachmann: Keine faschistische Bewegung hat aus eigener Kraft die Macht in

irgendeinem Lande in der Welt antreten können. Voraussetzung einer faschistischen Machtergreifung ist immer die Unterstützung wichtiger Gruppen, vor allem ökonomischer Führungsgruppen, aber auch der Militärs, sagt der Faschismusforscher Reinhard Kühnl, und ich füge hinzu, auch von einigen der konservativen Parteien.

Klassisch geradezu ist die Machtübergabe ab 1930 durch die konservativen Kräfte nach den Präsidentschaftsregimes der Brüning, der Papen und Schleicher. Die faschistische Regierung bestand am 30. Januar 1933 aus drei Faschisten und aus sieben Konservativen. Mehrere Freiherrn, ein Graf, ein Generalleutnant, ein ehemaliger Krupp-Direktor, ein Gründungsmitglied der Alldeutschen, der adlige v. Papen, Reichsleiter der Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher, der Pressezar Hugenberg, Beherrscher eines Zeitungsimperiums, des Scherl-Verlags, der UFA-Filmgesellschaft, also der damalige deutsche Berlusconi - alle diese Kräfte waren mit Hitler ein Bündnis, eine Koalition eingegangen. Gemeinsam setzten sie die Weimarer Verfassung mit den darin fixierten demokratischen Rechten und Freiheiten außer Kraft, wirkten mit an der Ablösung der demokratischen Staatsform und der Errichtung der offenen terroristischen Diktatur.

Gibt es nicht auch für die vorausgegangene Phase Merkmale, aus denen sich Lehren ziehen lassen?

Kurt Bachmann: Der Aufstieg des Faschismus als Bewegung mit Besonderheiten im jeweiligen Lande hat nicht nur ökonomische, sondern wesentlich auch außerökonomische Ursachen. Beispielsweise die Gesamtheit der Folgen nach einem verlorenen imperialistischen Krieg. Die Geschlagenen sind 1918 in Deutschland zuerst mal die Militärs. Auf sie geht die schwarze Reichswehr zurück. Für sie hat Hitler als Spitzel seine ersten Dienste geleistet. Aus Kriegsfolgen des Versailler Vertrags z.B. der Gebietsverluste und der Verelendung nach 1918 erwuchs der Nährboden für den Faschismus.

Aber es waren auch immer Kräfte da, die den Faschismus behinderten.

Kurt Bachmann: In dem Maße, wie eine breite, die bestehende Demokratie verteidigende Kraft, eine wahrhaft antifaschistische Kraft entstand, war es auch möglich, den Faschismus zu besiegen. Ein Beispiel dafür lieferte Frankreich. Hier bildete sich eine solche siegreiche, zusammenfassende Kraft aus den Arbeiterparteien und einer bürgerlichen Partei - die Volksfront.

Kann aber nicht immer wieder Nährboden für einen neuen Faschismus entstehen?

Kurt Bachmann: Der Rechtsextremismus, wie man das heute sagt, gewinnt nach aller Erfahrung immer da an Boden, wo, so sagte Professor Hofmann 1967, als die NPD stark wurde, eine rechtsgerichtete Regierungspolitik gleichzeitig schwach, inkonsequent, lavierend auftritt. Der Rechtsextremismus nimmt die Regierenden beim Wort. Er erhält immer dann Auftrieb, wenn eine bereits rechtsgerichtete Politik Schwächezeichen aufweist. Dann mehrten sich konservative Stimmen, sich mit diesen Kräften zu verbinden. Wenn wir das Beispiel der »Republikaner« nehmen: Ein ehemaliges Mitglied der Waffen-SS, nach dem Krieg Leitender Redakteur im Bayerischen Rundfunk, gründet dann eine neofaschistische Partei mit juristischer Hilfe aller möglichen Kräfte, die ihm raten, möglichst nichts neben und schon gar nicht

entgegen den Gesetzen zu tun.

Solche faschistischen Bewegungen, die die »konservativen Schwächen« nutzen und zugleich mit den Konservativen Zusammenwirken, kennen wir ja auch schon aus der Geschichte.

Kurt Bachmann: Deutschland hat die bisher extremste und brutalste Form des Faschismus hervorgebracht. Wer oder was hat dazu den Boden vorbereitet? Das Deutsche Reich, 1871 von oben entstanden, verspätet in das Stadium eingetreten, das zur industriekapitalistischen Neuaufteilung der Welt führte, entstand, als die Welt unter imperialistischen Mächten längst aufgeteilt war. Der Kampf um die Neuaufteilung der Märkte und der Rohstoffe hat die Aggressivität des deutschen Imperialismus besonders gefördert. Dieser Interessengegensatz war der Grund, der zum 1. Weltkrieg führte. Der Faschismus deutscher Art konnte aus den Quellen und Traditionen der Konservativen schöpfen. Seit 1899 forderte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Claß: Liquidierung der marxistischen Arbeiterbewegung, Sicherungshaft, Lösung der »Judenfrage« mit radikalsten Mitteln, Sicherung gegen die slawische Vorherrschaft.

Friedrich Nietzsche, Gegner der Französischen Revolution und der Aufklärung, Gegner der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, hatte schon den »Übermenschen« entdeckt, dem die Nazis den »Untermenschen« hinzufügten. Ich schreibe, sagt Nietzsche, für eine Gattung Menschen, welche noch nicht vorhanden ist, für die Herren der Erde. Nietzsche fürchtete, daß »im Zeitalter der Massen« der Geist der Herde vordringe, darum sei eine »Kriegserklärung« der höherwertigen Menschen an die Massen nötig. »Leben selbst ist wesentlich Aneignung, Verletzung, Überwältigung des Fremden und Schwächeren, Aufzwingen eigener Formen«.

So waren alle wesentlichen Ideen der faschistischen Ideologie und Politik von den Konservativen, von den deutschnationalen Parteien und Philosophen vorgedacht.

Seit der großen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde der Sozialismus das dominierende Feindbild. Faschistische Ideologie ist also nichts originäres, aber entstanden als eine gewaltige massengewinnende Kraft. Alle einzelnen Bestandteile stammen aus negativen Seiten deutscher Geschichte und Philosophie, aus deutschen Besonderheiten, z.B. aus der Tatsache, daß die Einheit 1871 ohne erfolgreiche Revolution entstanden war. Denn 1848/49 und 1918/19 waren revolutionäre Punkte unserer Geschichte, in denen wir uns jedoch nicht vom preußisch-feudalen Joch oder vom Kapitalismus befreien konnten. Aber alle diese Machthaber gingen mit staatlichem Terror, mit Kriegsverbrechen, mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord vor. Die Konservativen waren die geistigen Wegbereiter des deutschen Faschismus und ihre Beziehungen sind heute noch sehr eng. Die Verbindungen sind immer wieder verborgen, die Übergänge fließend, aber erkennbar.

Der Faschismus hat stets seinen Dissens zum vorherigen konservativen System betont.

Kurt Bachmann: Der Hitlerfaschismus redete mit zwei Zungen. Er betrog die Massen. Hitlers »Neuordnung Europas« war in Wirklichkeit die Kontinuität des deutschen Imperialismus, das Bestreben, den verlorenen 1. Weltkrieg zu korrigieren und ein zweites Mal den Vorstoß nach Osten zu versuchen. Das hat allein vom deutschen Volk

6,2 Millionen Tote gefordert. Das Feindbild war offen antimarxistisch, es war gegen die Organisationen der Arbeiterklasse, nicht nur die revolutionären, sondern auch die sozialdemokratischen und gewerkschaftsorientierten, gerichtet. Es war gerichtet gegen die Weimarer Demokratie und alle Errungenschaften der Menschenrechte von 1789.

Was ist der Grund, daß die faschistischen Losungen, vor allein auch die antisemitischen, so sehr die Massen ergriffen haben? Denn es trifft ja nicht zu, daß von den Verbrechen niemand wußte.

Kurt Bachmann: Die Opfer, die nach Auschwitz abtransportiert wurden, ich war in einem solchen Waggon, wurden bemerkt Alle haben es gesehen, die vom Roten Kreuz, die Eisenbahner und viele andere mehr. Tausende haben die Züge gesehen und von der Vernichtung erfahren. Die Vernichtung in Litauen und Estland oder die Erschießung in den Gräben, bevor es die Zyklon-B-Vernichtung gab. All das ist den Menschen bekannt geworden. Das zu leugnen und dazu zu schweigen, kann nicht hingenommen werden. Es ist meiner Meinung nach eine große Gefahr.

Menschen in faschistischer Uniform - Befehl und Gehorsam gewohnt - in der Waffen-SS, in der Wehrmacht, der Polizeitruppe oder bei den »Kettenhunden« erhielten plötzlich das Recht, selbst unbeschränkte Macht auszuüben. Gegenüber Polen, Russen, »Menschen jüdischer Herkunft«, Kriegsgefangenen, kurz »fremdvölkischen Untermenschen«. Diese Menschen waren für viele uniformierte Barbaren vogelfrei. *Wir stehen bald vor dem Jahrestag 8. Mai 1995. Es geht also um die Frage: Befreiung oder Niederlage. Das hat noch einen ganz aktuellen Akzent bekommen. Am Abend seiner Wahl wurde der neu gewählte Bundespräsident Herzog gefragt, er werde ja nun am 8. Mai 1995 eine große Rede halten müssen zum 50. Jahrestag. Was werden Sie sagen? Niederlage oder Befreiung? Er hat es abgelehnt, sich festzulegen.*

Kurt Bachmann: Große Errungenschaften hat sich die Menschheit seit 1789, seit der großen Französischen Revolution erkämpft. Insbesondere: Der Mensch ist vor dem Gesetz gleich. Dann die Oktoberrevolution 1917, die das in ihrer Zielsetzung weiterführte. Darum war die Sowjetunion in der Lage, trotz der Stalinzeit, den entscheidenden Anteil an der Befreiung der Völker Europas zu leisten, auch des deutschen Volkes. Gesiegt hatte die Anti-Hitler-Koalition von mehr als 50 Staaten und Völkern unter Führung der Sowjetunion, der USA und Englands. Beinahe die ganze Welt begeht seither den 8. Mai als Tag der Befreiung, was sonst?

Viele Deutsche waren froh über die Möglichkeit, daß Deutschland entmilitarisiert, entfaschisiert und entmonopolisiert werden sollte. Es stand der Weg in eine neue Demokratie offen, einer Demokratie ohne Monopole, damit nie wieder von deutschem Boden Krieg ausgehe. Als wir aus dem KZ heimkehrten, war das auch politisch noch zwei Jahre lang die allgemeine Stimmung. Wir waren geachtet, hatten Ansehen und man begriff, daß unser Widerstand zwar erfolglos, aber im Grunde das richtige gewesen war.

Der Vater oder der Sohn wären vielleicht am Leben geblieben, hätten mehr Menschen am Widerstand teilgenommen. Das betraf auch die CDU. Im September 1945 beschloß auch sie, daß die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne beseitigt wird. Das wurde ins Ahlener Programm der CDU

übernommen.

Es fragt sich, wieso kam die CDU von diesen von dir genannten Positionen so schnell runter?

Kurt Bachmann: Die Verantwortlichen hatten andere Pläne als die aus dem Ahlener Programm. Das Potsdamer Abkommen etwa wurde von Adenauer kaum erwähnt. Dieses Abkommen stand für eine friedensvertragliche Regelung. Und die hat Herr Genscher im Vertrag 2-plus-4 verhindert. Es gibt zwar eine Grenzgarantie darin, dennoch wird sie in Frage gestellt Prof. Stürmer sprach in einem Leitartikel von einem »besonderen Königsberg«. Was meint er damit? Er visiert Korrekturen an. In diesen Zusammenhang gehört auch die Art und Weise, wie man wieder mit Litauen, Lettland und Polen umgeht. Da ist das Wort »neue Verantwortung«. Welche ist das denn? Und man sagt, eingreifen im Kriegsfall, eingreifen muß die Bundeswehr und Frieden stiften. Das ist neuer Imperialismus. Das ist der erneute Versuch, eine Weltrolle zu spielen. Also eigentlich gab es eine Verpflichtung der Anti-Hitler-Koalition, den Krieg auf der Grundlage von Jalta und Potsdam mit einem Friedensvertrag zu beenden. Die ist mit dem jetzigen Vertrag erledigt. Folglich stellen die Herrschenden auch wieder neue Ansprüche.

Noch mal zu den verblüffenden Thesen im Ahlener Programm und warum so schnell davon abgegangen wurde. Zunächst war Ahlen sicher ein Zugeständnis an die vorherrschende Stimmung in einer zu einer Demokratie tendierenden Öffentlichkeit gewesen. Aber könnte man vielleicht die andere Hälfte der Wahrheit so verstehen, daß kurz nach dem Zusammenbruch eitles Regimes, das sich einer verschleiern Sprache bediente, mit dem Ahlener Programm noch einmal das gleiche versucht wurde, nämlich die Öffentlichkeit zu täuschen?

Kurt Bachmann: Ja, so ist es. Die Verschleierung der Tatsachen hat immer stattgefunden. Ich habe öfter mit Spanienkämpfern darüber gesprochen. Sie waren der Meinung, der Faschismus hat es verstanden, aus nicht wenigen Deutschen kleine Komplizen von großen Verbrechern zu machen. Die Komplizenschaft ist bis heute nicht abgelegt worden. Die ist weder in der Justiz noch in der Bundeswehr abgelegt worden. Der Bundeswehrchef verlangt, daß die Dienstgrade und damit auch die Runen der Waffen-SS auf die Gräber kommen, in der ehemaligen Sowjetunion und in Litauen.

Wir haben vielleicht die Möglichkeit überschätzt, aus der Niederlage des Faschismus zu einem antifaschistischen Neubeginn überzugehen. Schon Ende 1945 wurde zum Beispiel im Westen der Antikommunismus wieder zur Staatsdoktrin. Von daher war es für viele angenehm, daß man von den antifaschistischen Positionen runterging.

Kurt Bachmann: 1966/67 beginnt die herrschende CDU zu fordern, daß nun endlich Schluß gemacht wird mit dem Gerede über die Verbrechen. Es gab einen Aufruf der Bundesregierung, wer Verbrechen gegen die Menschenwürde kennt, soll mit den Unterlagen kommen. Ich ging hin mit meiner Akte und lieferte die Unterlagen ab: Am soundsovielten deportiert worden, Zug nach Auschwitz, Dr. Karl Heinz Röhke hat es gemacht. Acht Monate haben sie meine Anfrage nicht bestätigt, ein Jahr lang, dann habe ich zweimal mit dem Justizstaatssekretär gesprochen. Da sagt er, das ist ganz unmöglich, bei mir geht das nicht verloren. Ich antworte, hier in diesem Hause ist es

weggekommen. Dann haben fünf Journalisten aus fünf Ländern, antifaschistische Journalisten, denen ich das erzählt habe, aus Holland, Belgien, Frankreich usw., vereinbart, wir fahren jetzt nach Ludwigsburg und fragen dort nach. Und 18 Staatsanwälte waren dort, die haben uns zwei Stunden erklärt, was sie alles gemacht haben, die waren sehr erschüttert über die Grausamkeit und die Barbarei der Verbrechen. Die Worte sind dort gefallen. Und auch: Wir suchen alle. Eine einzige Frage haben sie mir gestellt. Dr. Karl Heinz Röthke, wo ist der? Alle suchen? Sie sagten: Den Vorgang von Ihnen, den haben wir nicht. Also auf dem Wege zur obersten Spitze verlorengegangen...

Dann hat die Bundesregierung, nachdem sie erklärt hat, wie bereit sie ist, gegen die Verbrecher vorzugehen, in Wirklichkeit die Verjährung vorbereitet.

Kurt Bachmann: Wir haben als VVN, als Föderation des internationalen Widerstandes FIR in ganz Europa gegen diese Verjährung gekämpft. Bonn wurde durch den Druck der öffentlichen Meinung in Europa gezwungen, von seinem Verjährungsplan abzugehen.

Es ist offenbar ein strategisches Ziel der Herrschenden, mit Antifaschismus jetzt vollkommen Schluß zu machen. Nicht in dem Sinne, daß sie jetzt wieder den Faschismus wollen. Aber sie wollen eine Art Anti-Antifaschismus. Das Wort ist gar nicht von den Neofaschisten zuerst gebraucht worden, sondern von bürgerlichen Professoren und Regierungsberatern. Die haben vom »Mythos des Antifaschismus« gesprochen, sie schreiben ganze Bücher davon voll. Ist das ein weiteres Symptom für das Bündnis von Konservativen und Faschisten oder etwas Neues, was da entsteht?

Kurt Bachmann: Eine der Wortführerinnen sagt: Das Wort Antifaschismus müsse man ein für alle Mal aus dem Verkehr ziehen. Aber dieses Wort habe Konjunktur. Die Anziehungskraft des antifaschistischen Gedankengutes und die Aktionen der Antifaschisten erklärt die Autorin so, daß der Antifaschismus der 68er-Bewegung eine Folge der Antihaltung gegen Demokratie und Liberalismus sei. Und ein anderer »Experte«, ein Herr Knütter: Der Antifaschismus sei eine Keule, mit der nicht Skinhead-Glatzen getroffen werden, sondern vielmehr die politische Klasse der Bundesrepublik.

Knütter ist Antifaschismus-Berater des Bundesinnenministeriums. Man sieht, wie direkt sich neofaschistische und konservative Kräfte treffen. Sichtbar wird da, daß sich weit bis in die Mitte hinein eine Entwicklung im Sinne des konservativen Bündnisses mit Ultrarechts vollzieht. Führt das zu einer faschistischen Variante oder zu einer Variante, wo die Faschisten in der Minderheit sind, aber mitbestimmen?

Kurt Bachmann: Das rechtskonservative Element ist so gefährlich, daß es oft allein völlig ausreicht. Der 1. Weltkrieg ist von Rechtskonservativen gemacht worden. Obgleich die Linke nicht stark ist, wollen sie heute trotzdem und gerade deswegen einen Schlußpunkt hinter den Antifaschismus setzen. Sie wollen eine Renaissance des Antifaschismus unmöglich machen, und ich sage auch warum: Eben nicht aus faschistischen, sondern aus allgemein antidemokratischen Gründen. 1789 ist in Gefahr, die einfachsten Menschenrechte sind in Gefahr, schon nicht mehr nur Sozialismus.

Das Gespräch mit Kurt Bachmann führten Gerd Deumlich, Günter Judick und Ulrich Sander.

»Die Enkel fechten's besser aus!« - Geburtstagsrede

Liebe Freunde,

wir müssen die Zeit nutzen bis zum 50. Jahrestag der Befreiung auch unseres Volkes vom Faschismus. Er wird der letzte Höhepunkt sein, an dem Überlebende darüber berichten können, was heute von Staats wegen verfälscht wird. Wir müssen versuchen, von neuem die einfache, ganze historische Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg klug, verständlich, massenhaft so zu verbreiten, damit unseren Kindern und Enkeln unser Schicksal erspart bleibt.

Im Zuge des unverhüllten Geschichtsrevisionismus ist es offenbar ein strategisches Ziel der Herrschenden, mit dem Antifaschismus jetzt vollkommen Schluß zu machen. Nicht in dem Sinne, daß sie jetzt wieder den Faschismus wollen. Aber sie wollen eine Art Anti-Antifaschismus. Das Wort ist gar nicht von den Neofaschisten erfunden worden, sondern von bürgerlichen Professoren und Regierungsberatern. Die haben vom »Mythos des Antifaschismus« gesprochen, sie schreiben ganze Bücher davon voll. Ist das ein weiteres Symptom für das Bündnis von Konservativen und Faschisten?

Man spürt hier die geistige Nähe konservativer Kräfte zu Neofaschisten bei der Verfälschung der Geschichte. All diese Anzeichen einer sehr ernstzunehmenden Rechtsentwicklung müssen uns eine ernste Aufforderung sein, zu verhindern, daß Bonn einmal endet wie Weimar.

Liebe Freunde, Kollegen, Genossen!

Die kommunistische Bewegung ist eine Befreiungsbewegung! Unsere politischen Grundmotive klingen an in der Großen Französischen Revolution von 1789. Unser Denken erkennen wir wieder in den Idealen von Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit. Freiheit kann die heutige Monopolbourgeoisie als Ausdruck großbürgerlicher Klassenherrschaft nicht bringen. Gleichheit? Die herrschende Klasse polarisiert die gesellschaftlichen Differenzen, vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich, verschärft die sozialen Differenzierungen. Brüderlichkeit? Sie ist in unserem Begriff Solidarität vorgebildet. Aber die Herrschenden möchten uns diesen Begriff klauen, umkehren - wenn sie zum Beispiel den »Solidarpakt« propagieren. Es bleibt dabei: Solidarität ist die Waffe aller, die sich gemeinsam wehren gegen Ausplünderung, gegen Folgen der modernen Instrumente moderner Ausbeutung. Daher sind die Besitzstände, die Eigentumsunterschiede krasser denn je. Die Bourgeoisie war 1789 in Frankreich, bei uns 1848/49, mit dem Ideal der Demokratie angetreten, um die feudalen Privilegien zu beseitigen, auszurotten. Aber diese Demokratie wird in der Endphase ihrer Klassenherrschaft zur gefährlichen Fessel. Die Freiräume der global wirkenden Monopole und Finanzkapitalien - bar jeder parlamentarischen, demokratischen Kontrolle - wachsen immens.

Wir Kommunisten müssen uns mit allen bewußten Demokraten der Großen Französischen Revolution, ihren Menschenrechten, all ihren Errungenschaften als würdig erweisen. Seien wir uns dessen bewußt, daß unser Land einer Zukunft

entgegengeht, die uns brauchen wird, um die Ideale von 1789 in die Praxis, in die Wirklichkeit zu überführen, sie zu vollenden. Dann wird der Weg für eine Gesellschaft frei, »in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. (Manifest der kommunistischen Partei)

Wir dürfen nicht die Stellungnahme des Hitlerfaschismus zur Französischen Revolution vergessen. Einer der frühen Faschismusforscher, Walther Hofer, schrieb 1957: »Die absolute Rechtlosigkeit des Individuums für die kommenden zwölf Jahre der Hitlerdiktatur war damit bereits besiegelt durch Hitlers Notverordnung vom 28. Februar 1933« - ich füge hinzu, beteiligt an der Regierung waren damals acht erzkonservative Adlige und ähnliche Leute. »Die Errungenschaft eines vielhundertjährigen Ringens um Freiheit in der europäischen Geschichte wurde mit einem Mal ausgelöscht; nicht nur der Katalog der Menschen- und Bürgerrechte, wie er 1789 zu Beginn der Französischen Revolution - »Untermenschenrevolution« nannte sie das »Schwarze Korps« am 22.8.1940 - aufgestellt worden war, sondern der viel ältere Grundsatz der Habeas-corporis-Akte, der Schutz vor willkürlicher Verhaftung.«

Karl Dietrich Bracher schreibt in seinem Aufsatz »Faschismus und Nationalsozialismus«: »Gewiß haben die Nationalsozialisten selbst sich als den großen Gegenschlag gegen die Französische Revolution gesehen. 1933 hat Goebbels emphatisch ausgerufen, mit dieser Machtergreifung werde »das Jahr 1789 aus der Geschichte gestrichen.« Das wurde wiederholt versucht. Doch bis heute bestehen diese Menschenrechte, sie sind auch Teil unseres Rechtes, aber sie sind bedroht Die zunehmende Rechtsentwicklung besonders bei den vorherrschenden Konservativen, zwingt alle demokratischen Kräfte, eine Politik der Verteidigung der antifaschistischen und demokratischen Grundrechte des Grundgesetzes zum Tragen zu bringen, eine wahrhaft antifaschistische Strategie zu suchen, über alle politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten hinweg.

Es gilt, diesmal erfolgreiche Wege zu finden, um die bedrohten demokratischen und sozialen Errungenschaften, das Ringen um den gesellschaftlichen Fortschritt mit der Durchsetzung und Verwirklichung der ebenso bedrohten Menschenrechte zu verbinden. Damit korrigiere ich einige meiner Vorstellungen aus den frühen dreißiger Jahren. Die Rechtsentwicklung der Konservativen nimmt ernste Formen an, besonders mit der Aushöhlung unserer Verfassung nach Einverleibung der DDR, bei der hartnäckig der Artikel 146 Grundgesetz übergangen wurde. Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldsheim sprach der Historiker Hans Mommsen über »die Versuche, den kommunistischen Widerstand und den »Antifaschismus« in Bausch und Bogen aus der Erinnerung zu streichen. (...) Das Erbe wird wieder parteipolitisch zerredet« In diesem Sinn übe Klaus Kinkel Druck aus auf die Goethe-Institute im Ausland. Bei den Gedenkfeiern zum 20. Juli wird versucht, das Nationalkomitee Freies Deutschland und den Bund deutscher Offiziere auf neue großdeutsche Weise »abzuwickeln«, ebenso wie die Gedenkstätten in den KZs, »deren weitere Existenz... trotz Widerstand gefährdet ist« (Frankfurter Rundschau vom 6.6.94).

In diesen Tagen wurde klammheimlich - nur wenige Stunden vorher erfolgte die

Information der örtlichen Polizei - von Amts wegen die traditionsgeladene Elbebrücke von Torgau in die Luft gesprengt. Ich empfinde diese Untat am Ort der ersten Begegnung amerikanischer Soldaten mit sowjetischen, 13 Tage vor der Kapitulation der Hitler-Wehrmacht, als den sichtbaren Versuch, so jede Erinnerung an die befreiende Rolle der Anti-Hitler-Koalition auszulöschen.

Mit dem Fall Barbarossa - geplant am 18.12.1940 - begann der Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.1941. Getragen von der Sympathie ihrer Völker, formierte sich das ebenso widersprüchliche wie schließlich erfolgreiche militärisch-politische Bündnis der Sowjetunion mit den USA und England - mit fast 50 Staaten und Völkern. Dieser machtvollsten Koalition in der Weltgeschichte gelang es, den Angreifer, den deutschen Imperialismus wie die Hitler-Wehrmacht, zur Kapitulation zu zwingen.

Wir alle hier - Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Antifaschisten - begreifen, was es bedeutet, an diesem, für die Menschheit so entscheidenden Tag des Sieges über Hitler-Deutschland und seine Verbündeten, über den barbarischen deutschen Faschismus, der damals aggressivsten Kraft des Weltimperialismus, die ganze historische Wahrheit zu vermitteln.

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition brachte den Völkern Europas Befreiung, und die längste Friedensperiode Europas. Er ermunterte Dutzende Völker zu eigener Tat, zur Abschüttelung ihres kolonialen Jochs. Beinahe die ganze Welt beging den 8. Mai 1945 als den Tag der Befreiung - als was denn sonst? Rechtskonservative Politiker und Historiker möchten die Erinnerung an diese zweite Niederlage des deutschen Imperialismus umfälschen, am liebsten auslöschen. Ein Kuratorium der Bundespost beschloß in diesem Sinn eine Sonderbriefmarke zum 8. Mai 1945 mit dem schlichten Text »Beendigung des Krieges«. Als weiteres Beispiel dazu ist der führende konservative Historiker Ernst Nolte. Er schrieb in dem Buch »Lehrstück und Tragödie« 1991 auf Seite 9: »Aber der Nationalsozialismus war auch eine Extraform des Antibolschewismus, doch heute ist es viel wahrscheinlicher, daß dieser Antibolschewismus für sich gesehen im Recht war.« Nolte sagte schon im Jahre 1953: »Faschismus ist eine extreme, aber doch begreifliche Reaktion auf die russische Oktoberrevolution und die kommunistische Gefahr.« 1986 fragte er: »War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz?«

Ich wiederhole: Es gilt, erfolgreiche Wege zu finden, um die bedrohten demokratischen und sozialen Errungenschaften, das Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt mit der Durchsetzung und Verwirklichung der ebenso bedrohten Menschenrechte zu verbinden. Zu wissen, daß wir für die richtige Sache kämpfen, ist eine Lebensfreude, die uns kein Gegner und keine Niederlage rauben können. Ich bin ganz gewiß - die Enkel fechten's besser aus, wie es in dem Lied aus dem Bauernkrieg heißt.

Redemanuskript von Kurt Bachmann - Seine Rede auf dem Geburtstagsempfang zu seinem 85. Geburtstag in der Karl-Liebknecht-Schule Leverkusen, Juni 1994

Brief an die VVN-BdA: Wir müssen Vorkämpfer der Menschenrechte sein

»Der deutsche Faschismus und Militarismus wird ausgerottet.« Was ist aus diesem wichtigsten, im Potsdamer Abkommen formulierten Kriegsziel der Anti-Hitler-Koalition geworden?

Daraus ist 50 Jahre danach, am 30. Juni 1995 der parlamentarische Vollzug der Forderung des neuen deutschen Generalstabes nach Kriegseinsätzen geworden. Militarismus als Träger der Politik und Machtfaktor kehrt zurück in die deutsche Wirklichkeit.

Das war 50 Jahre unmöglich. Mit dem 30. Juni hat ein neuer Generalstab in dem neuen großen Deutschland entschieden, wie Außenpolitik, wie Wehrpolitik gemacht werden muß. Was vor drei Jahren von den Generälen in den Verteidigungspolitischen Richtlinien bestimmt wurde, wird nun umgesetzt. Der freie Zugang zu den Rohstoffen und den Handelswegen wird für den Standort Deutschland notfalls herbeigeschossen. Denn darin wird gesagt, man müsse die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands militärisch absichern. Das wurde wieder einmal zur obersten Maxime erklärt.

»Gewaltfragen nicht ausklammern«, fordert auch Joschka Fischer in der »Zeit« vom 14. Juli 1995. Auf eine Frage der »Zeit«: Was waren die Fehler der ersten deutschen Nationalstaatsgründung von 1870/71, antwortet er: »Die Abwendung Deutschlands von der Aufklärung, von den Werten der französischen Revolution, von Demokratie und Verfassung, die in die Katastrophe geführt hat« Als zweites antwortet er: »Solange es deutsches Militärgut gibt, muß es integriert sein. Und drittens möchte ich noch sagen: Wir sehen mit großem Mißtrauen, wie seitens der Bundesregierung und Teilen der Konservativen versucht wird, Deutschland wieder zu einer militärisch gestützten, machtorientierten Außenpolitik zurückzuführen.«

Und trotz dieser klugen und tiefen Erkenntnisse aus deutscher Geschichte für die Gegenwart bleibt die Schlußfolgerung Joschka Fischers: Aber in Bosnien muß man die Gewaltfrage nicht ausklammern.

Meine Schlußfolgerung: Am 4. August 1914 stimmte schon einmal eine bisher antimilitaristische Partei im Reichstag für die Kriegskredite des kaiserlichen Deutschland, die sozialdemokratische Partei, und nur Karl Liebknecht, Mitbegründer der KPD, schwenkte nicht um. Die Parallele drängt sich auf, wenn der Kriegsdienstverweigerer und Pazifist Joschka Fischer ebenso umkippt und sich zum Militärstrategen der Rechtskonservativen macht.

Lafontaine hingegen äußert sich zu dieser Wandlung eines bedeutenden Grünen Politikers: »Wer nur militärische Aktionen als Handeln sieht, liegt schief.«

Wenn Joschka Fischer frei nach Clausewitz es formulierte: Die Politik in Jugoslawien mit anderen Mitteln, mit den Mitteln der Waffen fortsetzen zu wollen, dann

sagen wir: Zwischen den Völkern Jugoslawiens gibt es nur eine Lösung, die politische

Verständigung. Und um die müssen wir kämpfen.

Was tun?

Eine Strategie demokratischer antifaschistischer Gegenmacht ist erforderlich in einer Zeit so gefährlicher Entwicklungen und der Bewegung der Herrschenden in Bonn nach rechts, der Rechtsentwicklung bei den Politikern und bei den Generalen. Es ist notwendig, der politischen Herrschaft der rechtskonservativen Kräfte durch ein breites demokratisches antifaschistisches Bündnis der Arbeiterklasse wie klassenübergreifend aller Demokraten sowohl außerparlamentarisch wie parlamentarisch diesem Vorhaben eine Niederlage zu bereiten - damit nicht noch einmal wie schon zweimal, dreimal in der Geschichte der letzten 125 Jahre das Primat der Politik ersetzt wird vom Primat des Militärischen. Denn dann haben die Generale, die Rüstungsfachleute, die reaktionärsten Kräfte die Oberhand.

Pflegen wir die besten Traditionen des antifaschistischen und antimilitaristischen Widerstandes,

- brechen wir mit der verderblichen Tradition deutscher militärischer Außen- und Großmachtspolitik,

- nutzen wir die Chance, aus unserer Vergangenheit zu lernen, damit der Grundsatz: Wo die Wehrmacht stand, hat die Bundeswehr nichts zu suchen, und »Nie wieder Krieg von deutschem Boden« nicht weiter ins Wanken gerät. Wir unterstützen darum jeden Widerstand gegen den geplanten Kriegseinsatz der Bundeswehr.

- Verteidigen wir die errungenen sozialen Rechte wie die demokratischen Grundrechte unserer Verfassung, die Menschenrechte mit Zähnen und Klauen gegen die begonnene Aufweichung und Aushöhlung dieser Rechte durch die etablierten Parteien. Wir verteidigen sie im Bewußtsein, daß das Grundgesetz von 1949 eine bewußte historische Reaktion auf das Nazireich und das Potsdamer Abkommen war.

- Stellen wir der Renaissance des Militärischen, die heute um sich greift, die Renaissance der demokratischen und antimilitaristischen Gegenkräfte entgegen.

Wir müssen zu dem Verteidigern der Grundrechte und sozialen Rechte und der Verfassung werden. Wir müssen Vorkämpfer der Menschenrechte sein in einer Periode, in der alle Klassenfragen höchsten Rang haben und die Lösungen bei Marx und Engels so gültig sind wie eh und je.

Die Große Französische Revolution hielt und hält stand -1830,1848/49,1871 und 1939. Die Errungenschaften der Oktoberrevolution zerbrachen, nicht aber ihre Zukunft für die Menschheit.

Zur Antwort des Antifaschismus auf den Faschismus, auf seine Stützen durch das Finanzkapital gehört auch die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Gilt sie noch? Artikel 14 Absatz 2 unseres Grundgesetzes lautet: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.« Artikel 14 Absatz 3 sagt aus: »Eine Enteignung ist nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig.« Artikel 1 Absatz 3 legt fest: »Grundrechte binden... die vollziehende Gewalt als unmittelbar geltendes Recht.«

Wir erleben jedoch eine Umverteilung von unten nach oben wie es sie in der

deutschen Geschichte nur in der Zeit des Kriegsfaschismus gab. Das betrifft die Steuerzahler, die Lohn-, die Mineralölsteuer, die Körperschaftssteuer und die Mehrwertsteuer. 1960 war der Anteil der Lohnsteuer 5,8 Prozent, 1990 ist er auf 32,4 Prozent gestiegen. Der Anteil dessen, was die Großbourgeoisie zahlt, sinkt. Der Anteil der arbeitenden Klassen an den Lasten steigt. Der Kapitalexpert funktioniert völlig unkompliziert und entzieht sich der notwendigen Versteuerung. Das was die Arbeiterklasse im Betrieb an Mehrwert produziert, wird nicht investiert im Lande, sondern irgendwo, wo es angeblich oder wirklich billiger ist.

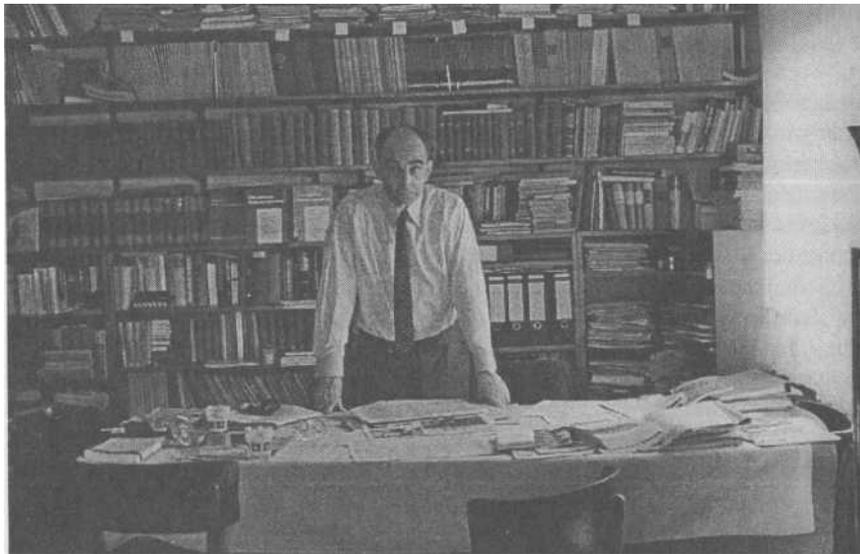
Die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit spitzen sich also zu. Die zur Zeit des Grundgesetzes und später geschaffenen Strukturen wie Mitbestimmung, Tarifautonomie, Betriebsverfassungsgesetz und dynamische Rente haben den großen Aufschwung nach Schaffung des Grundgesetzes ermöglicht wie nie. Nun sind alle sozialen Errungenschaften, alle erkämpften Grundrechte ins Wanken geraten. Der Angriff auf diese Rechte durch die Unternehmerverbände ist so groß wie er noch nie war. Dagegen müssen sich die Gewerkschaften, die demokratischen Organe, die noch existieren, wehren. Und sie müssen fordern, was Artikel 14 Absatz 2 verspricht Eigentum verpflichtet. Darein müssen wir uns erinnern, nicht einfach Standortpolitik machen zum Wohle der Kapitalisten und zulasten der kleinen Leute bei uns und in aller Welt.

Was ist aus den Maximen von 1945 geworden? Die Niederlage begann bereits am 30. Januar 1933 mit der Übergabe der ganzen politischen Macht der Rechtskonservativen an Hitler und seine Mannschaft. Aber nur drei Tage danach, am 3. Februar 1933 erläuterte Hitler seine Kriegsziele vor Oberbefehlshabern der Reichswehr. So die »Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.« Dann »Aufbau der Wehrmacht als wichtigste Voraussetzung zur Erreichung des Zieles.« Damit war der Faschismus und die Militarisierung, war der 2. Weltkrieg - drei Tage nachdem Hitler an der Macht war - vorprogrammiert.

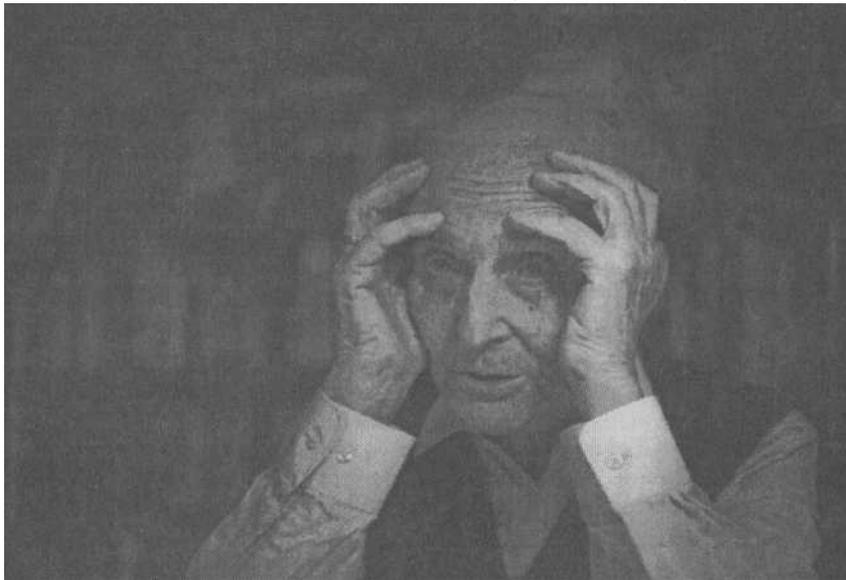
Die bedingungslose Kapitulation der faschistischen deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945, die tiefste Niederlage des in der preußischen wilhelminischen Tradition stehenden deutschen Militarismus, war die entscheidende Voraussetzung für den Zerfall des Dritten Reiches und des faschistischen Staates.

Ich sehe in der Verhinderung der Expansion des deutschen Militarismus die entscheidende Voraussetzung dafür, daß nie wieder ein 1933 möglich wird.

Aus einem Brief an die Geschichtskommission der VVN-BdA vom Herbst 1994



Kurt Bachmann in seinem Arbeitszimmer in Köln. (Foto: Klaus Rose)



Kurt Bachmann, Köln, 1990. (Foto: Anneliese Fikentscher)

Anstelle eines Nachwortes



Straßenaktion, am Mikrophon Kurt Bachmann.



Kurt Bachmann in der Diskussion. (Foto: Gangolf Dörr)

Eine von Kurt Bachmann formulierte Erklärung zum 50. Jahrestag der VVN-BdA

Der Bund der Antifaschisten wird gebraucht - die Aufgaben sind noch nicht gelöst

Aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit, aus dem Widerstand, der Emigration und den antifaschistischen Nationalkomitees kommend, haben wir vor 50 Jahren die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes geschaffen, die sich zum Bund der Antifaschisten weiterentwickelt hat.

Von erster Stunde an haben die deutschen Antifaschisten in ihrem Land wie vorher in den Konzentrationslagern und im Untergrund opferbereit weitblickende Arbeit zur Überwindung der faschistischen Barbarei und des Krieges geleistet - im Interesse unseres Volkes und aller Völker. Zugleich kämpften wir an der Seite der Völker und Staaten der Anti-Hitler-Koalition für die seit der Großen Französischen Revolution erkämpften Bürgerfreiheiten und Menschenrechte.

Mit diesen Völkern erkannten wir in den Abkommen von Jalta und Potsdam eine Chance auch für das deutsche Volk, als gleichberechtigter friedliebender Partner endlich einen Weg ohne Militarisierung und Faschismus zu gehen. Einen Weg, der durch einen Friedensvertrag mit Deutschland den Schlußstrich unter eine kriegerische Vergangenheit setzen könnte.

Der 8. Mai 1945, der Tag der Befreiung, und der 8. Mai 1949, da das Grundgesetz beschlossen wurde, sind wichtige Daten für unseren Kampf. Das Grundgesetz schuf bedeutende Freiräume der Demokratie für alle nichtfaschistischen Weltanschauungen, für die Sicherung eines besseren sozialen Lebens und für die Sicherung der sozialen und demokratischen Rechte. Das Grundgesetz eröffnete Wege der Ausweitung demokratischen Lebens auf alle Bereiche und der sozialen Absicherung - auch mit Schranken gegen das große Eigentum und gegen die Monopole. Nie wieder sollte Eigentum gegen das Allgemeinwohl mißbraucht werden können. Nie wieder sollten andere Völker bedroht werden.

Der antifaschistische Konsens

Zur Zeit der Gründung der VVN gab es einen breiten antifaschistischen Konsens. So beschloß eine Mehrheit des Landtages von Nordrhein-Westfalen, die SPD, KPD und andere, die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, was dann - in einer Volksabstimmung bekräftigt - in die Landesverfassung einging. In der ursprünglichen Ahlener Programmatik der CDU forderte auch diese die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, umfassende Mitbestimmungsrechte der Arbeiter ebenso wie Planung und Lenkung der Gesamtwirtschaft. In einer Reihe Landesverfassungen sind demokratische und soziale Rechte Gesetz.

Damals, als die VVN-Landesorganisationen entstanden, widerspiegelten die

fortschrittlichen, auch parlamentarischen Beschlüsse die vorherrschende Stimmung. Grundsätze der Abkommen der vier Alliierten in Jalta und in Potsdam widerspiegeln sich, wenn auch gemindert, im Grundgesetz, in den Grundrechten, z.B. Art 14, Absatz 2 und 15 GG, die vorschreiben, daß das Eigentum dem Allgemeinwohl dienen soll und in denen festgelegt ist, daß Großunternehmen in Gemeineigentum überführt werden können. Diese Grundrechte sind bis heute und auch zukünftig unveränderbares Recht. »Eine Änderung... ist unzulässig« (Art 79 Abs. 3 GG). Sie boten und bieten auch heute noch die Chance der Demokratisierung der Sozialordnung.

Die Länderverfassungen ebenso wie das Grundgesetz sehen die Volkssouveränität vor. Nach Artikel 20 Absatz 4 GG »haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist« Artikel 20 Absatz 2 besagt »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Das sollte bedeuten, daß unmittelbar demokratisch gewählte Staatsorgane eine Verselbständigung der Exekutive oder Parteiführungen nicht zulassen dürfen.

Gefahren für Demokratie und Frieden

Die praktizierte Machtfülle der Bundeskanzler, die Kanzlerdemokratie, schwächte jedoch die Macht des Parlaments ebenso wie die gefährliche Praxis, mittels Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes gegen die Verfassung zu verstoßen (KPD-Verbotsurteil, Genehmigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr). Die demokratischen Freiheiten, die Grundrechte und ihre sozialen Absicherungen wurden eingeschränkt.

Nachdem in der BRD die Remilitarisierung durchgesetzt und die alten Besitz- und Machtverhältnisse wieder hergestellt worden waren, wird heute nach dem Zerfall der sozialistischen Staaten in Europa und im Zuge dritten Neuaufteilung der Welt von den herrschenden Kreisen Deutschlands versucht, ihre Weltmachtträume zu verwirklichen.

Am Beginn der Bundesrepublik, bei Schaffung des Grundgesetzes hieß es: Ohne Remilitarisierung sollte Deutschland bleiben, ohne Großmachtpolitik Das ursprüngliche Anliegen des Grundgesetzes, daß deutsche Politik nie wieder militärisch gestaltet werden darf, muß jetzt wieder hergestellt werden: Die Bundeswehr hat im Ausland nichts zu suchen. Es muß endlich ernst gemacht werden mit umfassender Abrüstung.

Unter der Flagge »Standort Deutschland« vollzieht sich das nationalistische deutsche Großmachtstreben, das durch das deutsche Militär abgesichert werden soll. Dafür sollen wir alle Tribut zahlen, indem unter dem täuschenden Vorzeichen eines Umbaus des Sozialstaates die bisher tiefsten Einschnitte in die sozialen Rechte und Besitzstände der Menschen erfolgen.

47 Jahre nach der Erschaffung des Grundgesetzes besitzen die großen Konzerne und Banken - bar jeder demokratischen Kontrolle - die Verfügungsgewalt über Milliardenwerte, haben sie eine erdrückende Machtfülle in Wirtschaft und Politik. Sie sind eine Gefahr für die Demokratie. Sie sind gegen Geist und Wortlaut der Verfassung gerichtet. Das System der Rüstungsprofiteure ist gegen den Grundsatz

gerichtet, daß nie wieder von deutschem Boden Krieg ausgehen darf.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! bleibt die Aufgabe

Wir verteidigen die im Grundgesetz verbrieften unantastbaren Grundrechte, die ganze ursprüngliche Verfassung, alle Grundrechte von Artikel 1 bis 19. Die Grundrechte stellen unmittelbar geltendes Recht dar. Wir fordern ihre Umsetzung, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht - das ist eine aktuelle antimilitaristische und demokratische Aufgabe.

Die völkerrechtlichen Bestimmungen über Verbrechen gegen den Frieden, über Völkermord und über Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind Bestimmungen im Sinne des Buchenwaldschwures und des Grundgesetzes. Sie sind ins Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Demokraten, Antifaschisten müssen alles tun, damit die Ergebnisse des 2. Weltkrieges nicht im Nachhinein verfälscht werden. Sie müssen dafür wirken, daß die Grenzen nie wieder in Frage gestellt werden. Denn ein wesentliches Ziel des Hitlerfaschismus war, die Ergebnisse des 1. Weltkrieges zu »korrigieren«. Das führte zum 2. Weltkrieg. Heute kann die demokratische Öffentlichkeit verhindern, daß sich dieser Weg wiederholt.

Dieses Streben im ursprünglichen Sinne des Grundgesetzes wird gestützt durch die völkerrechtlichen Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition, die einer Neuauflage deutscher Expansionspolitik einen Riegel vorschieben sollten. Entgegen der Position der Bundesregierung, die internationalen Bestimmungen über die Grenzziehungen von 1945 und die Aussiedlungen der Deutschen aus Polen und der CSR nie anzuerkennen, erklärten im Februar 19% die USA, Russland und Großbritannien über ihre Botschafter in Prag die weiter bestehende Gültigkeit des Potsdamer Abkommens von 1945. In der UNO-Charta sind die Vorbehalte gegen »Feindstaaten« weiter enthalten.

Dieses Völkerrecht verteidigen wir ebenso wie das ursprüngliche Grundgesetz. Die praktische effektive Gleichheit jedes Menschen vor dem Gesetz (Artikel 3) muß verteidigt, muß Wirklichkeit werden, so daß niemand wegen seiner Abstammung, Rasse, Sprache, sozialer Herkunft, des Glaubens oder politischer Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Das volle Asylrecht und der ursprüngliche Artikel 16 GG sind wiederherzustellen.

Der Erhalt des Grundrechtssystems ist und bleibt Voraussetzung der Demokratie, deren Bestand von den Rechtskonservativen in zunehmendem Maße ausgehöhlt wird. Der Erhalt und die Wiederherstellung des antifaschistischen und antimilitaristischen Konsenses, das ist eine große Aufgabe, vor der wir stehen gegenüber den Bestrebungen, einen exklusiven »Ehrenschutz« für alles Militärische durchzusetzen, während der Antifaschismus diskreditiert und die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes verfälscht wird.

Die VVN - Bund der Antifaschisten wird gebraucht

Die VVN - Bund der Antifaschisten war und ist der organisierte Ausdruck des antifaschistischen und antimilitaristischen Konsenses, Ausdruck des kollektiven Gedächtnisses an Widerstand und Verfolgung und muß dies bleiben. Die VVN - Bund der Antifaschisten zu erhalten und weiterzuentwickeln, das ist die große Aufgabe, die weder ihre Gründergeneration noch die Generation der Hinterbliebenen lösen kann.

Wir, die Gründergeneration der VVN, deren Zahl schmilzt und die ihren Auftrag weitergibt, denn die Aufgaben sind noch zu lösen, rufen den nachfolgenden Generationen zu: Reiht Euch ein in die Kampfgemeinschaft VVN-Bund der Antifaschisten. Sichert ihren Bestand und ihre Fortentwicklung, um der jungen Generation unser Schicksal zu ersparen. Die VVN-BdA wird gebraucht, sie ist dringend vonnöten.

Wir appellieren an alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, an alle Demokraten: Stärkt die VVN -Bund der Antifaschisten - auch materiell. Wer nicht aktiv in der Organisation mitwirken kann, möge wenigstens regelmäßig für sie spenden.

Wir rufen auf zur Teilnahme an den Treffen zum 50. Jahrestag der Gründung der VVN im Oktober in Mülheim/Ruhr und im März 1997 in Frankfurt am Main. Bereiten wir diese Treffen so vor, daß von ihnen starke Impulse für die gesamte antifaschistische demokratische Bewegung ausgehen.

Wir appellieren an alle: Bewahrt die Tradition, die Erinnerung und den Auftrag des antifaschistischen Widerstandes. Bewahrt das Andenken an die Millionen Opfer von Faschismus und Krieg, an die Opfer der Massenvernichtungen an Juden, Slawen, Sinti und Roma. Gebt die Lehren aus der Geschichte weiter, auf daß sie nie vergessen werden, damit sich das Unheil nie wiederhole.

Erstunterzeichner:

Kurt Bachmann (Köln)

Jupp Angenfort (Düsseldorf), Bruno Bachler (Duisburg), Heinrich Becker (Köln), Karl Bennert (Solingen), Walter Bloch (Düsseldorf), Hermann Bogdal (Oer-Erkenschwick), Lieselotte Butchereit (Essen), Martha Buschmann (Düsseldorf), Karl Drewes (Velbert), Egon Ebbinghaus (Wuppertal), Georg Gattei (Essen), Theo Gaudig (Essen), Peter Gingold (Frankfurt/M.), Willi Gottfried (Solingen), Emilie Hilbert (Remscheid), Fritz Hollstein (Düsseldorf), Jean Jülich (Köln), Lorenz Knorr (Frankfurt am Main), Willy Kutz (Düsseldorf), Hermann Laupsien (Düsseldorf), Ursula und Manfred Liebfried (Essen), Reinhold Maigatte (Düsseldorf), Walter Malzkom (Lohmar), David Matuszak (Mülheim), Heinrich Rabbich (Düsseldorf), Willi Rattai (Essen), Fritz Rische (Düsseldorf), Oskar Rothstein (Duisburg), Margarete Sassnig (Gladbeck), Günter und Waltraud Schinck (Essen), Irene Schischke (Essen), Gerhard Scholl (Mülheim/Ruhr), Heinrich Schulz (Köln), Karl-Heinz Sobolewski (Herten), Sophie Stemberg (Duisburg), Werner Stertzenbach (Düsseldorf), Johann Tefke (Solingen), Maria Wächter (Düsseldorf), Johannes am Weg (Duisburg), Maria Wessel (Essen), Karl Heinz Winstermann (Duisburg)

Initiativantrag von Kurt Bachmann an die VVN-BdA Landeskongferenz 1996 in Duisburg. - Auch der Bundeskongreß der VVN-BdA 1996 begrüßte diese Erklärung.